



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

BMF: ENTWURF EINES SCHREIBENS ZUR TEILWERTABSCHREIBUNG, VORAUSSICHTLICHEN WERTMINDERUNG UND ZUM WERTAUFHOLUNGSGEBOT

Das BMF hat in dieser Woche ein Entwurfsschreiben veröffentlicht, in welchem die Finanzverwaltung die bislang ergangenen Verwaltungsanweisungen zusammenfasst und ihre Auffassung zur Vornahme einer Teilwertabschreibung gemäß § 6 Abs. 1 und 2 EStG, zum Vorliegen einer dauernden Wertminderung sowie zur Verpflichtung einer Wertaufholung darlegt. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

**DIE IN DEN EU-MITGLIEDSTAATEN
ANWENDBAREN MWST-SÄTZE
(STAND: 13.01.2014) STEHEN ZUR
VERFÜGUNG**

Hintergrund: <http://goo.gl/4x3xLy>

**OECD VERÖFFENTLICHT AM
16.01.2014 DEN EINGEREICHTEN
KOMMENTAR ZUR KÜNSTLICHEN
UMGEHUNG VON BETRIEBSSTÄTTEN**

Interessensgruppen wurden im November eingeladen, Beschreibungen von Strategien einzureichen, wie die künstliche Umgehung von Betriebsstätten zur Aushöhlung von Bemessungsgrundlagen und Gewinnverlagerung führen kann (Aktionspunkt 7 der BEPS-Initiative). Dieser Einladung ist nur eine Person gefolgt. Die dafür zuständige Arbeitsgruppe wird den eingereichten Input auf ihrem nächsten Treffen diskutieren.

Hintergrund: <http://goo.gl/ESOroX>

TERMINE AUF EU-EBENE

Am 28.01.2014 findet ein Treffen des ECOFIN-Rates statt. Dabei wird u. a. der neue griechische Ratsvorsitz sein Arbeitsprogramm zu Wirtschafts- und Finanzthemen für die nächsten 6 Monate vorstellen. Gleichzeitig steht voraussichtlich ein Pakt für Wachstum und Beschäftigung auf der Agenda.

Hintergrund: <http://goo.gl/oQ1vuM>

EDITORIAL

Liebe Leser,

die erste Sitzung des neuen Finanzausschusses steht für den 29.01.2014 an. Noch ist die Tagesordnung dürrtig. Neben der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden stehen ein Bericht über aktuelle finanz- und steuerpolitische Entwicklungen in der EU, eine Unterrichtung zur Einführung einer Bankenunion sowie über den Stand der SEPA-Einführung auf der Tagesordnung. Für Letztere ist auf Vorschlag der EU-Kommission für Unternehmen und Vereine eine Verlängerung der Umstellungsfrist bis zum 01.08.2014 durch den EU-Ministerrat beschlossen worden.

Bald dürften auch die Pläne von Bund und Ländern zu schärferen Regelungen für die strafbefreiende Selbstanzeige konkreter werden. Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD vereinbart, zusammen mit den Ländern tätig zu werden. Auf Hochtouren arbeitet eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe hieran. Dass sich die strafbefreiende Selbstanzeige weiterhin großer Beliebtheit erfreuen wird, ist absehbar – gerade erst soll Nordrhein-Westfalen erneut eine Steuer-CD mit Namen von mehr als 100 deutschen Kunden eines Schweizer Ablegers der israelischen Bank Leumi erworben haben.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

- **TOP-ISSUES** 1 – 8
- **OUTGOING** 9
vom 17.01. bis 24.01.2014
Keine steuerpolitisch relevanten Ergebnisse
- **BFH-ENTSCHEIDUNGEN** 10 – 11
vom 22.01.2014
- **BMF-SCHREIBEN** 12
vom 17.01. bis 23.01.2014
- **STATUS** 13 – 15
zum 24.01.2014
Entscheidung des Bundesrates für eine gerechte und zukunftsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik in Deutschland
Gesetz zur Fortführung des permanenten Lohnsteuerjahresausgleichs beim Lohnsteuerabzug für Aushilfskräfte und kurzfristige Beschäftigten
Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden
Entscheidung des Bundesrates zum Abbau der kalten Progression
... sowie weitere Gesetze
- **UPCOMING** 16 – 17
vom 25.01. bis 31.01.2014
Bundestag: 11. Sitzung u. a. mit der Aussprache Finanzen und Haushalt
Bundesrat: 901. Sitzung des Finanzausschusses zur Verordnung zur Festsetzung der Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Abs. 5 des Gemeindefinanzenreformgesetzes im Jahr 2014
Stakeholder: Außerordentlicher Bundesparteitag der SPD

KOMMISSION ÜBERPRÜFT STEUERLICHE DISKRIMINIERUNG BEI GRENZÜBERSCHREITENDER MOBILITÄT

Die EU-Kommission hat angekündigt, im Jahr 2014 die Steuervorschriften der Mitgliedstaaten eingehend zu prüfen um festzustellen, ob sich diese nachteilig auf mobile EU-Bürger auswirken. Im Mittelpunkt stehen dabei sowohl erwerbstätige Personen wie Arbeitnehmer und Selbständige als auch nicht erwerbstätige Personen wie Rentner. Mit dieser gezielten Initiative will die EU-Kommission gewährleisten, dass mobile EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem eigenen leben, in ihrem Herkunftsmitgliedstaat oder in dem Mitgliedstaat ihrer Wahlheimat für ihre Mobilität steuerlich nicht diskriminiert werden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

BMF: SCHREIBEN ZU HANDWERKERLEISTUNGEN UND HAUSHALTSNAHEN DIENSTLEISTUNGEN

Die Finanzverwaltung hat zum Thema „Steuerermäßigung bei Handwerkerleistungen und haushaltsnahen Beschäftigungsverhältnissen und Dienstleistungen“ gem. § 35a EStG das BMF-Schreiben vom 15.02.2010 (BStBl. I Seite 140) mit BMF-Schreiben vom 10.02.2014 überarbeitet. Das neue Schreiben ersetzt das Schreiben aus dem Jahr 2010 und wird im Bundessteuerblatt Teil I veröffentlicht.

Die neuen Regelungen sind für Handwerkerleistungen in allen noch offenen Fällen ab dem Veranlagungszeitraum 2006 anzuwenden, für die haushaltsbezogene Inanspruchnahme der Höchstbeträge in allen noch offenen Fällen ab dem Veranlagungszeitraum 2003. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH: BEWERTUNG EINES SANIERUNGSZUSCHUSSES

Diesen Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 8](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphere e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu

PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)